

US-Schuldenuhr tickt nicht mehr

Das jüngste Wirtschaftswachstum im 2.ten Quartal 2000 in den USA läßt die Etatüberschüsse steigen, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Armutsrate ist auf dem niedrigsten Stand seit 21 Jahren. Ebenso wie in einem privaten Haushalt oder in einem Unternehmen sind die Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht, die US-Schuldenuhr tickt nicht mehr (aus "Handelsblatt" vom 05. Oktober 2000). Weisen alle wirtschaftlichen Einheiten oder Teilnehmer einer Gesellschaft, einschließlich des Staates einen ausgeglichenen, nicht kreditfinanzierten Haushalt auf, so liegt nirgendwo eine Geldquelle, kein neues Geld wird dem Kreislauf zugeführt. Ich behaupte nun, der Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes wird von der staatlichen Schuldenaufnahme verursacht, ohne Verschuldung wäre der Zuwachs +/- 0 %. Der absolute Betrag des deutschen Bruttoinlandsprodukt steigt ungefähr gleich der Höhe der Staatsverschuldung, wie in der folgenden Tabelle dargestellt ist (der Vergleich kann nur ungefähr stimmen, da dieser durch Abschreibung, private Verschuldung und Auslandsgeschäfte verzerrt wird).

	Zuwachs Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Staatsneuverschuldung	
2002	0,2% - 8,07 Mrd DM	159,9 Mrd DM	vorläufige Werte
2001	1,9% - 72,27 Mrd DM	101,5 Mrd DM	
2000	2,6% - 103,37 Mrd DM	34,0 Mrd DM	
1999	2,5% - 96,93 Mrd DM	46,5 Mrd DM	
1998	3,2% - 121,09 Mrd DM	50,5 Mrd DM	
1997	2,9% - 105,09 Mrd DM	91,0 Mrd DM	
1996	2,4% - 84,98 Mrd DM	131,0 Mrd DM	
1995	4,2% - 145,21 Mrd DM	122,5 Mrd DM	
1994	5,2% - 172,65 Mrd DM	108,8 Mrd DM	
1993	2,7% - 85,30 Mrd DM	129,5 Mrd DM	
	Summe 93-97: 593,2 Mrd DM	Summe 93-97: 582,8 Mrd DM	

Tabelle vom 8. September 2001

Ohne Neuverschuldung würde das BIP stagnieren. Der Kreislauf des Geldes ist ohne Neuverschuldung konstant, aber die Bevölkerung der meisten Staaten wächst, ferner entstehen ständig neue Kosten durch neu eingeführte Produkte und Konsumansprüche. Die neu hinzukommenden Kosten werden den Ressorts der althergebrachten Ausgaben abgezogen. Ein Verteilungskampf um das Bruttosozialprodukt findet statt. [Wenn die USA in Zukunft](#) keine Staatsverschuldung aufweisen wird, wird es dann umso erbitterte Verteilungskämpfe geben?

Sollte nicht grundsätzlich eine Geldquelle für das BIP geschaffen werden? Beispielsweise könnte jedem Bundesbürger 100,- DM monatlich vom Staat geschenkt werden (kostet ca. 100 Mrd DM jährlich oder ca. 2,5 % BIP), ohne dass der Staat eine Verbindlichkeit für das Geschenk übernimmt, das Geld wird also "neu gedruckt" und die Geldmenge dem jährlich steigendem Wohlstand

angepaßt.

Heidelberg, den 10. Oktober 2000

Mathias Schmitz



[Druckversion in HTML](#)

[Anlagen](#)

[Drucken mit Acrobat Reader](#)



[mit](#)

Über 2,7 Millionen deutsche Haushalte überschuldet

Berlin (dpa) - Die Zahl der überschuldeten Privathaushalte in Deutschland in den vergangenen Jahren weiter drastisch gestiegen. Von 1994 bis zum Jahr 2000 sei bundesweit ein Anstieg von rund zwei Millionen auf die Rekordzahl von 2,7 Millionen zu verzeichnen.

Dies teilte am Montag in Berlin die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung (AGSBV) mit, in der zahlreiche Sozialverbände vertreten sind. Damit seien rund sechs Millionen Menschen unmittelbar von Schuldenlast betroffen.

Eine starke Zunahme sei vor allem in den neuen Bundesländern zu verzeichnen. Dort gebe es derzeit mehr als 800 000 überschuldete Privathaushalte, während es im Westen 1,9 Millionen seien. So forderten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, es müssten endlich Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Betroffenen eine Chance für einen wirtschaftlichen Neuanfang bieten. Nach Feststellung von Experten dürfe Deutschland nach Großbritannien das Land mit der zweithöchsten Rate an überschuldeten Privatpersonen sein.

Hauptbetroffene seien in erster Linie kinderreiche Familien, alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, aber auch selbstständige Existenzgründer wie Kleingewerbetreibende, die in eine dauerhafte Finanzmisere geraten seien. Die vielfältigen Folgen der Zahlungsunfähigkeit seien sehr belastend für die Betroffenen und ihre Familien: Verlust des Arbeitsplatzes wegen dauernder Lohnpfändungen, familiäre Konflikte in Folge psychischer Überlastung, soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung sowie gesundheitliche Beeinträchtigungen.

Die Arbeitsgemeinschaft startete unter dem Motto "Recht auf Entschuldung" eine Aktionswoche, in der sie bundesweit ihre Forderungen unterstreichen will. So müsse das 1999 in Kraft getretene Verbraucherinsolvenzrecht weitgehend geändert werden, damit es zu einem wirksamen Instrument zur Entschuldung werde. Der Zeitraum, in dem der Schuldner pfändbare Anteile des Gehalts abtreten muss, müsse von sieben auf vier Jahre verkürzt werden. Das Recht auf ein Girokonto müsse juristisch klar gestellt werden.

Außerdem müssten zu den 1 300 Schuldenberatern bundesweit weitere hinzukommen, um eine angemessene Beratung der in Finanznot geratenen Menschen sicherzustellen, forderte die Arbeitsgemeinschaft. Notwendig seien auch weitreichende Verbesserungen beim Pfändungsschutz. Hier sei die letzte Anpassung 1992 vorgenommen worden. Seither seien die Lebenshaltungskosten erheblich gestiegen, allein die Mieten um 25 Prozent.